

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Landesmitgliederversammlung (dort beschlossen am: 07.04.2024)

Titel: Wohnungen denen, die drin wohnen!

Antragstext

1 Wohnen ist zum Luxus geworden! Die Mieten steigen ins Unbezahlbare, auf dem
2 Rücken von uns Mieter*innen wird Profit gemacht und viel zu oft stehen Menschen
3 vor der Frage, wie sie das alles noch bezahlen sollen. Dabei ist Wohnen ein
4 Menschenrecht. Niemand sollte mehr als die Hälfte seines Einkommens für die
5 Miete ausgeben müssen und damit auch noch andere reich machen. Wir sagen klar:
6 Zeit, dass sich was dreht!

Keine Profite mit der Miete!

8 Über die Hälfte der Bevölkerung in NRW lebt zur Miete. In den letzten zehn
9 Jahren sind die Mieten um mehr als 35% gestiegen. Menschen in NRW geben im
10 Schnitt 30% ihres Einkommens fürs Wohnen aus. Für ein WG-Zimmer in Köln zahlen
11 wir durchschnittlich 550 Euro - die Bafög-Pauschale für Wohnen beträgt aber nur
12 360 Euro monatlich. Während wir schauen müssen, wie wir am Ende des Monats die
13 Miete zahlen, machen große Wohnungskonzerne wie Vonovia und Co. dicke Gewinne.
14 Das ist extrem ungerecht! Mieter*innen müssen besser vor Wuchermieten geschützt
15 werden. Doch die Mietpreisbremse in NRW ist viel zu schwach und gilt gerade mal
16 in 18 Gemeinden - von insgesamt 396! Zwar soll die Anzahl der Gemeinden dieses
17 Jahr noch erhöht werden, aber klar ist trotzdem: Vor krassen Mieterhöhungen sind
18 wir dadurch nicht sicher.

Die GRÜNE JUGEND NRW fordert:

- Schluss mit Wuchermieten in NRW: Es braucht eine wirksame Mietpreisbremse

21 im ganzen Land.

- 22 • Mehr Sicherheit für Mieter*innen: Wir fordern einen starken Mieterschutz,
23 der alle gut absichert.

24 **Wo sozialer Wohnungsbau?!**

25 Ein Grund für die dramatische Lage auf dem Wohnungsmarkt in NRW ist, dass mehr
26 Sozialwohnungen aus der Preisbindung fallen, als neue dazukommen. Schätzungen
27 zufolge sind bis 2030 nur noch ungefähr die Hälfte der aktuell vorhandenen
28 Sozialwohnungen in der Mietpreisbindung. Staatlich geförderte Wohnungen gehen
29 dann in Privatbesitz über. Das bedeutet im Grunde: Der Staat fördert den Aufbau
30 von privatem Vermögen. Komplette absurd! Gleichzeitig werden deutlich weniger
31 neue Sozialwohnungen geschaffen, als benötigt. Schätzungen des Mieterbundes
32 zufolge braucht es mindestens 25.000 neue Sozialwohnungen in NRW jährlich. Davon
33 ist die Landesregierung weit entfernt.

34 Besonders für Menschen, die auf dem Wohnungsmarkt massive Diskriminierung
35 erleben, braucht es aber dringend mehr Sozialwohnungen. Denn für migrantisierte
36 Menschen, queere Menschen, Alleinerziehende oder Menschen mit geringem Einkommen
37 ist es extrem schwierig, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Menschen mit
38 Behinderung haben zusätzlich die Schwierigkeit, barrierefreien Wohnraum zu
39 finden - das ist an vielen Orten fast unmöglich. Das Land ist in der
40 Verantwortung, hier endlich zu handeln. Wir brauchen bezahlbare Wohnungen für
41 alle, ein Ende der Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt und ausreichend
42 barrierefreien Wohnraum.

43 Doch statt einen Plan für massiven Ausbau vorzulegen, kündigt Ministerin
44 Scharrenbach an, die zulässigen Mieten für neu gebaute Sozialwohnungen
45 anzuheben. Geht's noch? Als ob Menschen mit niedrigem Einkommen durch steigende
46 Lebensmittel- und Energiepreise nicht schon genug belastet wären, wird es für
47 viele jetzt noch schwieriger, eine bezahlbare Wohnung zu finden.

48 **Die GRÜNE JUGEND NRW fordert:**

- 49 • Her mit dem Geld für gutes Wohnen: Das Land muss jetzt in dauerhaft
50 bezahlbaren Wohnraum investieren. Dafür braucht es den Einsatz einer
51 Landeswohnungsbaugesellschaft.
- 52 • Das Land darf die Mieten für Sozialwohnungen nicht anheben:
53 Sozialwohnungen müssen bezahlbar bleiben!

54 **Der Markt regelt gar nichts!**

55 Preisgebundene Sozialwohnungen, Mietpreisbremse oder Kündigungsschutz können
56 aber nur Abhilfe schaffen und nicht das grundsätzliche Problem lösen: nämlich,
57 dass Wohnen vom Markt geregelt und damit der Profitgier von Konzernen überlassen
58 wird. In der aktuellen Situation übersteigt die Nachfrage dauerhaft das Angebot
59 und für Unternehmen lohnt es sich wegen gestiegener Kosten quasi nur noch
60 Wohnungen im Luxussegment zu bauen. Menschen müssen stundenlang pendeln und
61 teils schlechte bis nicht vorhandene Anbindung an Bus und Bahn in Kauf nehmen,
62 weil sie keine Wohnung in der Nähe ihres Arbeitsplatzes oder der nächsten
63 Nahversorgungsmöglichkeit finden. Das zeigt mal wieder deutlich: Der Markt
64 regelt gar nichts! Irgendwo wohnen müssen wir alle, soviel ist klar. Aber dass
65 Konzerne damit Profite machen, Investor*innen mit Leerstand kalkulieren und
66 Vermieter*innen über unser Leben bestimmen - all das müsste nicht so sein. Wir
67 fordern: Vonovia und Co. vergesellschaften. Wohnen ist ein Grundrecht und gehört
68 in die öffentliche Hand. Damit die Wohnungen wieder denen gehören, die drin
69 wohnen!